

Stand: 22.01.2026 08:30:22

## Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4157

"Keine Apotheken ohne Apotheker - Arzneimittelsicherheit nicht gefährden"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4157 vom 28.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5008 des GP vom 21.01.2025
3. Beschluss des Plenums 19/5396 vom 27.02.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnottz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner CSU**

### **Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt sich hinter die qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung durch Vor-Ort-Apotheken und bekräftigt seine Haltung: Ein generelles Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Rx-Versandverbot) bleibt der beste Weg (Drs. 18/754).

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass das auf Bundesebene in der Diskussion befindliche Apothekenreformgesetz geändert wird. Insbesondere wird sie aufgefordert, sich auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:

- für den Erhalt der Präsenzpflicht eines approbierten Apothekers vor Ort, um eine qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung und -beratung der Patientinnen und Patienten auch künftig sicherzustellen
- für den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit Apothekenleistungen
- für den Erhalt des Apothekers als Freien Beruf
- für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Vor-Ort-Apotheken
- für den Erhalt der Vor-Ort-Apotheken als Orte zur Möglichkeit der sozialen Teilhabe für viele Menschen
- für die Erhöhung des Apothekenfixums von 8,35 Euro auf 12,00 Euro inkl. Dynamisierung
- für einen einheitlichen Abgabepreis und den Schutz der Preisbindung
- für die angemessene Erhöhung der Botendienstpauschale, da die Botendienste aktuell nicht kostendeckend umgesetzt werden können.

**Begründung:**

Apotheker erbringen als Freie Berufe ihre Leistungen persönlich, eigenverantwortlich und unabhängig. Sie sind eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und sichern so die flächendeckende Arzneimittelversorgung. Dies gilt rund um die Uhr, auch nachts, sowie an Sonn- und Feiertagen. Die inhabergeführten Apotheken erfüllen niederschwellig, als erste Ansprechpartner für alle gesundheitlichen Fragen, eine bedeutende Aufgabe vor Ort. Hier wird ein nicht zu unterschätzender Anteil an Rezepturarzneimitteln von den Apothekern hergestellt und nicht nur Fertigarzneimittel abgegeben. In Notsituationen und Krisen hat sich die autarke Arzneimittelherstellung in den Apotheken vor Ort bereits als wichtiger Bestandteil des Notfallmanagements in den Regionen erwiesen.

Durch das geplante Apotheken-Reformgesetz drohen unter anderem strukturelle Änderungen, die in den Apotheken eingeführt werden sollen. Filialapotheken könnten dann ohne einen vor Ort anwesenden Apotheker/eine Apothekerin durch pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten geführt werden. Apothekerinnen und Apotheker sollen dann nur im Bedarfsfall online im Rahmen der Telepharmazie zugeschaltet werden.

Diesen Bestrebungen wollen wir zum Wohle unserer Bürger entgegenwirken, denn zur Aufgabe der Apotheken gehört nicht nur die Abgabe von Arzneimitteln, sondern vor allem die Arzneimittelberatung zur Sicherstellung der Patienten- und Arzneimitteltherapie-Sicherheit. Dies kann nur durch wissenschaftlich ausgebildete approbierte Apothekerinnen und Apotheker vor Ort erfolgen, die durch ihr langjähriges intensives Studium ein umfassendes Fachwissen erlangt haben und die Patientinnen und Patienten entsprechend beraten können. Eine Apotheke ohne Apothekerinnen und Apotheker ist nicht zielführend und wird der Aufgabe der Apotheken, eine ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, nicht gerecht.

Die Apotheken schaffen in Deutschland etwa 160 000 wohnortnahe, familiengerechte Arbeitsplätze und leisten dadurch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Rund 85 Prozent der Beschäftigten sind zudem Frauen, welche so einer wohnortnahmen Beschäftigung (meist in Teilzeit) nachgehen können.

Die Ausbildungsberufe in Apotheken müssen gefördert werden. Deutschland muss wieder autonomer in seiner Arzneimittelversorgung werden. Die Entbürokratisierung darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Die Freiheiten des Heilberufs „Apotheker“ müssen wieder gelebt werden dürfen.

Die Gesellschaft braucht Apothekerinnen und Apotheker, da Arzneimittel heute unverzichtbar in Diagnose, Therapie, Rehabilitation und Prävention sind. Die Patientin und der Patient dürfen aber mit dem Arzneimittel nicht allein gelassen werden, sondern müssen fachlich begleitet und fundiert beraten werden, um einen maximalen Therapieerfolg sowie möglichst geringe Nebenwirkungen sicherzustellen. Gerade im Bereich der Psychopharmaka, der Generika, der Chemotherapeutika und der Arzneimittel, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, ist diese Beratung und das Medikationsmanagement teilweise lebensnotwendig, da nur so mögliche lebensbedrohliche Aspekte wahrgenommen werden und frühzeitig entsprechend weiterbehandelt werden können. Apotheken haben die niedrigschwelligsten Angebote im Gesundheitsbereich, wo Bürger mit einer Gesundheitsfachfrau bzw. einem Gesundheitsfachmann in das Gespräch kommen.

Diese pharmazeutische Betreuung ist daher eine Aufgabe, die für die Gesellschaft von großem Wert ist, und es ist die Apothekerin bzw. der Apotheker, die bzw. der mit ihrer bzw. seiner pharmazeutischen Kompetenz zu dieser Betreuung aufgerufen ist. Das Wissen aller ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Apotheken ist auch bei der Beratung etwa zu Wechsel- oder Nebenwirkungen sowie zur rechtzeitigen Einnahme der Medikamente gefragt. Daher werden in Deutschland auch viele rezeptfreie Medikamente nur in Apotheken, nicht aber in Drogerien oder Supermärkten vertrieben.

Dies gilt auch für den Versandhandel, welcher stärker reguliert werden muss. Der Europäische Gesetzgeber hat in der EU-Arzneimittelrichtlinie eine Option für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verankert. Die ausländischen Versandapothen unterliegen keinerlei Überwachungspflichten wie die deutschen Apotheken. Hier herrscht eine eklatante Wettbewerbsverzerrung.

Im Jahr 2023 wurden täglich ca. 300 000 Botendienste genutzt. Diese sind insbesondere für bettlägerige bzw. immobile Patientinnen und Patienten immens wichtig



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Drs. 19/4157

**Keine Apotheken ohne Apotheker - Arzneimittelsicherheit nicht gefährden**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Susann Enders**  
Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 21. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof.Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner CSU**

Drs. 19/4157, 19/5008

### **Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden**

Der Landtag stellt sich hinter die qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung durch Vor-Ort-Apotheken und bekräftigt seine Haltung: Ein generelles Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Rx-Versandverbot) bleibt der beste Weg (Drs. 18/754).

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass das auf Bundesebene in der Diskussion befindliche Apothekenreformgesetz geändert wird. Insbesondere wird sie aufgefordert, sich auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:

- für den Erhalt der Präsenzpflicht eines approbierten Apothekers vor Ort, um eine qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung und -beratung der Patientinnen und Patienten auch künftig sicherzustellen
- für den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit Apothekenleistungen
- für den Erhalt des Apothekers als Freien Beruf
- für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Vor-Ort-Apotheken
- für den Erhalt der Vor-Ort-Apotheken als Orte zur Möglichkeit der sozialen Teilhabe für viele Menschen
- für die Erhöhung des Apothekenfixums von 8,35 Euro auf 12,00 Euro inkl. Dynamisierung
- für einen einheitlichen Abgabepreis und den Schutz der Preisbindung

- für die angemessene Erhöhung der Botendienstpauschale, da die Botendienste aktuell nicht kostendeckend umgesetzt werden können

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint das ganze Haus zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beide Male keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Über den Antrag der AfD-Fraktion soll gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der  
Abstimmung über die Europaangelegenheiten und die  
nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt  
wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt  
Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Evaluierung  
13.12.2024 - 07.03.2025  
Drs. 19/4684, 19/5181

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-  
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5181  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU**

**FREIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**



**ENTH**



**ohne**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde  
zu legen.

## 2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Staatliche Beihilfen im Luftverkehr – Leitlinien der Kommission für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Überarbeitung)

11.12.2024 - 05.03.2025

Drs. 19/4686, 19/5185

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5185 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD** ENTH ohneDie SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
- 
- Bürokratiefreies Bayern: Handwerksbetriebe und Privatpersonen von der Nachweispflicht für die Entsorgung von Altfenstern befreien
- 
- Drs. 19/3921, 19/4980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD**

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!  
Drs. 19/3952, 19/5017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und Grundversorgung sichern: Verbandsklagerecht einschränken  
Drs. 19/3957, 19/5112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten:  
Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot  
Drs. 19/4020, 19/5114 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling  
Drs. 19/4113, 19/5095 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alpenbiotopkartierung aktualisieren!  
Drs. 19/4123, 19/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden  
Drs. 19/4157, 19/5008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Busfahrpersonal: Maßnahmen gegen die Personalkrise – Reduktion der Führerscheinpflichtstunden  
Drs. 19/4158, 19/5089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,  
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte beschleunigen  
Drs. 19/4189, 19/5010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,  
Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU  
Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern  
Drs. 19/4247, 19/5011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,  
Martin Böhm, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der  
Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte  
Drs. 19/4316, 19/5115 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier,  
Kerstin Schreyer, Thomas Holz u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Hotels sind keine Parkhäuser – Übertragung von  
Beherbergungsbetrieben in der Erbschafts- und Schenkungsteuer  
Drs. 19/4386, 19/5009 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken I:  
Betriebspraktikum an allen Schulartern verpflichtend einführen  
Drs. 19/4424, 19/5012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken II:  
Schulsozialarbeit an allen beruflichen Schulen etablieren!  
Drs. 19/4425, 19/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken III:  
Berufliche Schulen in das Startchancen-Programm aufnehmen  
Drs. 19/4426, 19/5014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken IV:  
Erasmus+ an beruflichen Schulen ausbauen  
Drs. 19/4427, 19/5015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Berufliche Bildung stärken V: Digitale Infrastruktur ausbauen  
Drs. 19/4428, 19/5016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg –  
sofortige Schutzmaßnahmen ergreifen  
Drs. 19/4552, 19/4982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

21. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,  
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stilllegungswelle von Biogasanlagen verhindern  
Drs. 19/4572, 19/5116 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann,  
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen  
beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen  
Drs. 19/4577, 19/5090 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------	--

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,  
Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!  
Drs. 19/4678, 19/5117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------